

Medienmitteilung

Parolen für die Abstimmungen vom 28. Februar

BDP Kanton Schwyz sagt zweimal JA und dreimal NEIN

Die Bürgerlich-Demokratische Partei des Kanton Schwyz BDP hat dreimal die NEIN-Parole beschlossen: NEIN zur Durchsetzungsinitiative, NEIN zur Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe und NEIN zur Juso-Spekulationsstoppinitiative. JA sagt die BDP Schwyz zur 2. Gotthardröhre und zur kantonalen Vorlage. Die Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil soll in Zukunft die Aufgaben, die Kompetenzen und die Finanzierung der Trägerkantone regeln.

JA zum Beitritt zur Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil

Die BDP Schwyz ist klar der Meinung, dass wer die Infrastruktur nutzt, auch für diese bezahlen soll. Es kann nicht sein, dass ein finanzschwächerer Kanton die Kosten alleine trägt und der Kanton Schwyz davon nur profitiert. Ein freiwilliger zusätzlicher Betrag ist wichtig, damit die Ingenieurausbildung in Rapperswil gestärkt und so ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel geleistet wird. Der Kanton Schwyz ist weiterhin an der HSR beteiligt und kann so die über vierzigjährige regionale Zusammenarbeit in der Ingenieurausbildung fortführen und mitgestalten.

JA zur 2. Gotthardröhre

Die BDP Schwyz sagt JA zu einer 2. Gotthardröhre, weil es eine sicherheitstechnische und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Es kann nicht sein, dass mit dem Tessin ein ganzer Landesteil während fast drei Jahren von der Schweiz abgeschnitten wird. Zudem wäre es auch für die beiden anderen direkt betroffenen Kantone Graubünden und Wallis ein volkswirtschaftlich verheerendes Signal

NEIN zur Durchsetzungsinitiative

Die Durchsetzungsinitiative verstösst gegen grundlegende Prinzipien unseres Rechtsstaates, gegen die Menschenrechte und für die Umsetzung der Verfassungsbestimmungen zur Ausschaffung ist sie nicht notwendig. Sie ist unschweizerisch und zudem unnötig, weil das Parlament die Ausschaffungsinitiative bereits fristgerecht umgesetzt hat.

NEIN zur Abschaffung der Heiratsstrafe

Die BDP Kanton Schwyz lehnt die CVP-Initiative ab. Zwar wird die Abschaffung der Heiratsstrafe von der BDP grundsätzlich unterstützt. So wie diese Initiative angedacht ist, profitieren aber trotz massiven Steuerausfällen gerade mal 2% der Ehepaare davon. Zudem ist die Verankerung der Ehe als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau nicht mit der gesellschaftsliberalen Haltung der BDP zu vereinbaren.

NEIN zur Spekulationsstoppinitiative

Die Initiative ist undurchführbar, überflüssig und auf der falschen Ebene angesiedelt. Eine verstärkte Regulierung ist unnötig. Eine nationale Verfassungsbestimmung macht im globalen Handel mit Nahrungsmitteln keinen Sinn und hätte weitreichende Folgen. Betroffene Unternehmen würden sich der nationalen Regulierung ganz einfach durch einen Umzug ihrer Hauptsitze ins Ausland entziehen, was den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen würde.

Auskunft:

Franziska Schneiter, Präsidentin BDP Kanton Schwyz, 079 922 76 64